Im Amt wurde die Not verwaltet

Wiederaufbau und Versorgung der Bevölkerung in Lohmar im Jahre 1945

von Hans Warning

In der 21. Ausgabe der Lohmarer Heimatblätter hatte ich über die Einführung einer neuen demokratischen Verwaltung und die ersten Versuche einer demokratischen und pluralistischen Mitbestimmung von Bürgern durch die alliierte Militärregierung in den Jahren 1945 und 1946 in Lohmar berichtet. In dem folgenden Beitrag möchte ich die gewaltigen Aufgaben für Verwaltung und berufene Bürger im Amt Lohmar mit seinen sechs Gemeinden beschreiben. Die ausführlichen Bestandsaufnahmen der einzelnen Ämter der Verwaltung geben einen Einblick in den hoffnungslosen Zustand, den die Vertreter einer neuen Demokratie vorfanden und in dieser Zeit der Not anpackten, um zu überleben.

Es reichte das kleine noch heute an der Hauptstraße in Lohmar bestehende Rathaus, um die Verwaltung des Amtes Lohmar aufzunehmen. Hier wurden unter der Leitung des Amtsbürgermeisters die kommunalpolitischen Aufgaben der sechs amtsangehörigen Gemeinden abgewickelt. Mit wenig Personal, vor allem bei den Männern, die zum Kriegsdienst eingezogen worden waren, wurden die sechs Gemeinden und das Amt Lohmar verwaltet. Dabei halfen sogenannte Kriegsnotbeamte und Frauen. Die umfangreichste Abteilung war das Wirtschaftsamt, das die Ausgabe der Lebensmittelkarten und der Bezugsscheine für Kleidung, Schuhwerk und Hausrat organisierte. Es übernahm auch die Abwicklung der aufgeklebten Abschnitte der Lebensmittelkarten, die die kleinen örtlichen Einzelhändler bei der Verwaltung vorzulegen hatten und informierte über die aufgerufenen Zuteilungen. Andere Abteilungen, wie etwa das Bauamt, hatten weniger zu tun, da die absolute Kriegswirtschaft Bautätigkeit nur in kriegswichtigen Bereichen zuließ. Das Schul- und Kulturamt verwaltete den unveränderten Bestand an Schulen, an kulturelle Veranstaltungen war während der Kriegszeit nicht zu denken.

Vertraulich!

Für die Referenten! Als Manuskript gedruckt!

Die Sozialdemokratie vor neuen Aufgaben in der Kommunalpolitik!

In wenigen Wochen wird das deutsche Volk in der britischen Zone zum ersten Mal seit der Machtergreifung durch das verbrecherische Naziregime wieder zu freier und geheimer Wahl an die Wahlurne treten, um bei den

Kommunalwahlen

zu zeigen, ob es wirklich fähig ist, sich auf dem Boden einer echten Demokratie mit allen unbelasteten und neubauwilligen politischen Kräften zum

Neubau des Deutschen Staates und einer lebensvollen Reichseinheit

in fruchtbarer Arbeit zusammenzusetzen und zu bewähren.

Wir wissen heute alle, daß es für ein Volk wie das deutsche, das jahrhundertelang unter der Knechtschaft des Junkerstiefels und der Brutalität des Militärismus geistig und körperlich gedarbt und geschmachtet hatte, nach 1918 ungeheuer schwer war, plötzlich zu einer wirklichen Demokratie und zu einer freien Selbstbestimmung seiner Geschicke hinzufinden. Es hat mit dem Geschenk der Demokratie das ihm die Geschichte in den Schoß geworfen hatte, zu wenig für die politische Gestaltung seiner Geschicke anzufangen gewußt.

Wir wissen aber auch nach diesem zweiten schrecklichen Weltkrieg und

angesichts der ungeheuren Verwüstung, der bittersten Not, der Heimatlosigkeit von Millionen, von unbeschreiblichem Massenelend und Leid,

daß die Demokratie in einem neuen Deutschen Reich nur auf breitester Basis in den Gemeinden und Gemeindeverbänden fundamentiert werden kann, wenn es uns gelingen soll, die Demokratie wirklich zu unserer politischen Lebensform zu machen, die allen künftigen Stürmen gewachsen ist.

Wir wissen ferner, daß die Sicherung und Fundamentierung einer neuen Demokratie in Deutschland

die einzige und letzte Chance für das Weiterleben des Deutschen Volkes, für die Sicherung eines dauerhaften Friedens und die einzige Voraussetzung für die Schaffung einer neuen Reichseinheit

bedeutet. An diese Aufgabe mit einem großen Selbstvertrauen heranzugehen, ist für das ganze Volk das Gebot der Stunde. Wir müssen uns jetzt entscheiden, ob wir nur zu einem Sklavendasein und zum Untergang verurteilt sind oder ob wir bereit und fähig sind, mit diesem großen Selbstvertrauen die Gestaltung unserer politischen Geschicke selber in die Hand zu nehmen und uns zur demokratischen Arbeit selbst zu erziehen. Dieses Selbstvertrauen ist es auch, was dieses maßlos verarmte, innerlich hin- und hergerissene und von

Hunger, Not und Leid zerrissene Volk

notwendig braucht, für das ein Wort gilt, das Karl Marx einst nur für das Arbeiterproletariat gesprochen hat: „Das Proletariat, das sich nicht als Kanaille behandeln lassen will, hat seinen Mut, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seinen Unabhängigkeitssinn noch viel nötiger als sein Brot." Dieses Wort gilt heute nicht mehr nur für die Arbeiterschaft, sondern in gleicher Weise auch für die große Masse des Bauerntums, der Angestellten, der intellektuellen Schichten, der Handwerker und Gewerbetreibenden, die heute vor den Trümmern ihrer Lebensarbeit und ihres ererbten Besitzes stehen, die eine wahnsinnige Diktatur in Politik und Wirtschaft in wenigen Jahren verschuldet hat. Sie alle sind heute vor die Wahl gestellt, entweder das Zerstörte in Generationen wieder aufzubauen oder ganz unterzugehen.

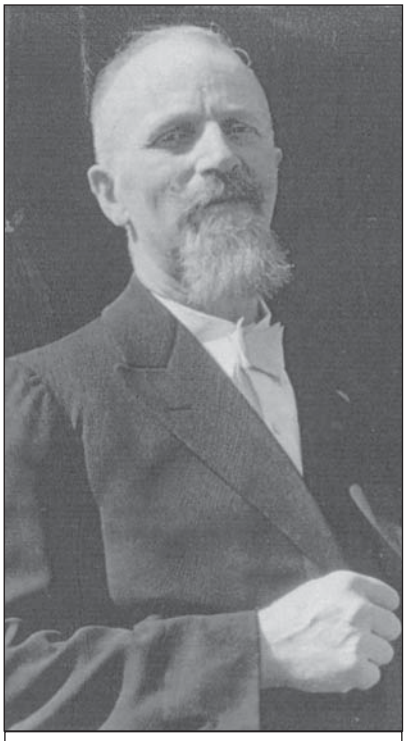
Als „Vertraulich!" stufte der Verwaltungschef von Lohmar das vierseitige Manuskript der SPD zur Kommunalpolitik ein, das etwas von der Not und den Aufgaben nach dem Krieg darstellte. (1)

Nur kurz lag die Verwaltung in Lohmar nach dem Einmarsch der Amerikaner still, da das nationalsozialistische Leitungspersonal geflohen war und übergeordnete deutsche Weisungsgeber nicht mehr vorhanden waren. Die amerikanische und kurz darauf die britische Militärregierung verschaffte sich schnell einen Überblick in den Kommunen und begann mit dem Wiederaufbau einer Zivilverwaltung und der Bildung von Bürgervertretungen nach demokratischem Vorbild, um dem Chaos und dem rechtlosen Zustand entgegenzuwirken. Der neu eingesetzte Landrat in Siegburg hielt die Verbindung zwischen den Kommunen und der Kreisverwaltung in Siegburg, die mit der Militärregierung im Landratsamt Tür an Tür saß.

Die Aufgaben im Lohmarer Rathaus waren größer geworden. Zahlreiche ausgebombte Bürger aus den Großstädten hatten eine neue Bleibe im noch ländlich geprägten Amt Lohmar gefunden. Dazu kam die immer mehr anschwellende Masse der Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem Osten. Auch sie mussten mit den immer knapper werdenden Lebensmitteln, Hausrat und Kleidung versorgt werden.

Vor dem Krieg im Jahre 1939 wohnten in den sechs Gemeinden des Amtes Lohmar insgesamt 4211 Einwohner. Während des Zweiten Weltkrieges wurden 1480 Fliegergeschädigte und bis Anfang 1946 275 Flüchtlingen und Vertriebene in den Amtsbezirk eingewiesen. Im Großraum Lohmar wohnten also zum Jahresbeginn 1946 insgesamt 5966 Einwohner.

Bis Anfang 1946 wurden 160 ehemalige Wehrmachtsangehörige, die aus der Kriegsgefangenschaft entlassen worden waren, auf dem Einwohnermeldeamt in Lohmar gemeldet. Im Jahre 1945 wurden hier 54 Geburten, 112 Sterbefälle und 22 Eheschließungen beurkundet.



Josef Lagier war 1945 der erste von der Militärregierung eingesetzte Bürgermeister des Amtes Lohmar. Später wurde er von den Kommunalpolitikern in Lohmar zum Amtsbürgermeister gewählt (3)

Das alte Rathaus an der Hauptstraße war Sitz der Lohmarer Amtsverwaltung (2)

Verhaltensregeln des Amtsbürgermeisters

Lohmars erster Amtsbürgermeister nach dem Krieg war der dreiundfünfzigjährige Landwirt Josef Lagier aus Heppenberg, der schon am 23. April 1945 von den Amerikanern eingesetzt wurde. Der alte Zentrumsmann war ein erfahrener Verwaltungsbeamter, der von 1924 bis 1933 als Bürgermeister in Bad Kiedrich im Rheingau das Amt des Bürgermeisters innehatte. Er hatte klare, preußisch geprägte Vorstellungen über die Durchführung seiner neuen, ehrenamtlichen Aufgabe. So schrieb er in einem Rundlauf am 5. Mai 1945 – also noch drei Tage vor Kriegsende am 8. Mai – an das 18-köpfige Personal des Rathauses:

„Die Zustände in der hiesigen Verwaltung entsprechen keinesfalls meiner Auffassung über einen geordneten Verwaltungsbetrieb. Nach meinen Beobachtungen kann der bisherige Zustand nicht aufrecht erhalten bleiben. Ich gebe zu, dass manches eingerissen ist aus bewusstem oder unbewusstem Widerstand gegen die Praktiken des Dritten Reiches. Deshalb möchte ich es mir versagen, unnötigerweise an vergangenen Verwaltungsgepflogenheiten Kritik zu üben."

Dann nannte er die elf Punkte, die in Zukunft zu beachten seien:

„Alle von mir diktierten Verfügungen sind links am Rande mit dem Vermerk erl.[edigt], *Tagesangabe und Namenszeichen des Sachbearbeiters zu versehen. Bei Briefen ist klein darunter noch anzugeben 'ab am' auch mit Tagesangabe, wann der Brief abgegangen ist. Damit erübrigt sich die Führung eines Tagebuches.*

Die Wiedervorlagemappe ist außerordentlich wichtig. Sie wird in Zukunft von dem Verwaltungsgehilfen K. geführt und die Widervorlagesachen werden allmorgendlich dem einzelnen Sachbearbeiter oder mir vorgelegt.

Wird Kenntnisnahme für einzelne Beamte oder Angestellte oder die Allgemeinheit von mir verfügt, so wird links am Rande geschrieben: 'Kenntnis genommen' unter Tagesangabe und Unterschrift des zu Unterrichtenden.

Es ist ausgeschlossen, dass ein Verwaltungsangestellter den anderen Verwaltungsangestellten beurlauben kann.

Damit ich mir ein Bild über die Leistungsfähigkeit und Gewissenhaftigkeit eines jeden machen kann, hat jeder einen Aktendeckel als besondere Unterschriftsmappe mit seinem Namen zu versehen. Die Unterschriften werden zwei Stunden vor Dienstschluss, in Eilfällen von Fall zu Fall, vorgelegt.

Zwischen dem Landratsamt und hier wird ein ständiger Kurierdienst eingerichtet.

Es ist einfach unmöglich, dass größere Amtsbewegungen in der Amtskasse wie z. B. gestern geschehen, vor sich gehen, ohne dass der Bürgermeister sofort von dem Rentmeister benachrichtigt wird.

Für jeden besoldeten Verwaltungsbeflissenen ist Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit im Dienst Voraussetzung für weitere Tätigkeit. Ich mache darauf aufmerksam, dass Sparsamkeit und Genauigkeit demnächst wieder die Hauptgrundzüge unseres Wiederaufbaues werden müssen.

Alle Posteingänge und sonstige Sendungen sind unverzüglich in meine Hände zu bringen und zwar ungeöffnet.

In der inneren Verwaltung vertritt mich in meiner Abwesenheit Herr Amtsinspektor Becker, der allein für diese Fälle auch befugt ist, im Auftrage zu unterzeichnen.

Alle Beamte und Angestellte des Amtes Lohmar nehmen Kenntnis.“

Bürgermeister Lagier wurde nach sechs Wochen Amtszeit von Bürgermeister Richard Schmidt abgelöst. Auch er informierte die Bediensteten der Verwaltung und schrieb am 22.8.1945:

„Die Militärregierung setzt alles daran, mit den deutschen Dienststellen zusammen die Folgen des verlorenen Krieges so schnell als möglich zu beheben und das deutsche Wirtschaftsleben wieder in geordneten Gang zu bringen.

Hierbei haben nicht zuletzt die deutschen Gemeindeverwaltungen ein gerütteltes Maß an Arbeit zu leisten.

Aus diesem Grund werden von der Militärregierung in steigendem Maße Erhebungen der verschiedensten Art, Berichte, Nachweisungen, Unterlagen etc. gefordert, für die meist nur sehr kurze Termine gestellt werden.

Die Nichteinhaltung solcher Termine wird von der Militärregierung mit scharfen Maßnahmen geahndet.

Ich muss deshalb von allen Gefolgschaftsmitgliedern mit besonderem Nachdruck fordern, dass sie mit aller Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit ihren Dienst versehen und alle erforderlichen Arbeiten mit äußerstem Fleiß und Zuverlässigkeit erledigen.

In letzter Zeit habe ich in dieser Hinsicht wiederholt Ursache zu Klagen gehabt.

Die Dienstzeit ist für sämtliche Gefolgschaftsmitglieder wie folgt festgelegt:

Montags bis einschließlich freitags von 8 bis 13 und von 14 ½ bis 18 Uhr.

Samstags von 8 bis 13 ½ Uhr.

Je nach dem Anfall der Arbeit muss sich natürlich von jedem Gefolgschaftsmitglied erwarten, dass es über diese festgesetzte Zeit hinaus arbeitet, wenn das zur Einhaltung gestellter Termine notwendig sein sollte.“

Auf einem besonderen Beiblatt ließ der Bürgermeister mit Angabe des Datums den Umlauf von den 18 Mitarbeitern unterschreiben. Am Rande vermerkte er: *„Frau M. lehnt Unterschrift ab.“*

Die Anreden der beiden Verwaltungschefs an die Mitarbeiter in der Lohmarer Verwaltung stammten noch aus einer Zeit, als ihre Mitglieder noch in einer strengen Hierarchie standen und der Bürochef sich auch bewusst herausstellte. Vorbild war der preußische Beamte, der sich durch Korrektheit, Loyalität, Gewissenhaftigkeit, Sparsamkeit und Fleiß kennzeichnete und diese Eigenschaften auch von seinen Untergebenen verlangte. Beide übten Kritik am Dienstverhalten der Bediensteten.

Bürgermeister Josef Lagier nannte seine Mitarbeiter Verwaltungsbeflissene und forderte von ihnen Leistungsfähigkeit, Gewissenhaftigkeit, Pünktlichkeit und Genauigkeit im Dienst. Sein Nachfolger, Bürgermeister Richard Schmidt, bezeichnete die Mitglieder der Amtsverwaltung als Gefolgschaftsmitglieder. Von ihnen verlangte er Pünktlichkeit, Gewissenhaftigkeit, äußersten Fleiß, Zuverlässigkeit und bei terminlich gebundenen Vorgängen auch Arbeit über die eigentliche Dienstzeit hinaus.

„Beflissen“ kommt von dem heute wenig bekannten Verb befleißen, was so viel heißt wie Fleiß auf etwas verwenden, sich um etwas eifrig bemühen und beflissen sein, eifrig bemüht sein um ... Der Fleiß stand also hier im Mittelpunkt des Aufrufes.

Bürgermeister Richard Schmidt sprach von Gefolgschaft, was von Gefolge gleich Gesamtheit von Begleitern abgeleitet ist. Die Grundform ist das Verb „folgen“ gleich gehorsam sein oder auch hinterhergehen bedeuten kann. Die Gefolgschaft oder das Gefolge ist also die Gruppe, die dem Leiter gegenüber gehorsam ist oder hinter ihm herschreitet. Bürgermeister Schmidt sagt in seinen Anweisungen deutlich, was er von seiner Gefolgschaft erwartet.

Seit den neuen Anfängen einer demokratischen Verwaltung in einem demokratischen und pluralistischen Gemeinwesen hat sich in den Verwaltungen ein eher partnerschaftliches Verhältnis zwischen dem Amtschef und den Mitarbeitern herausgebildet. Der Bedienstete wird mit den mehr positiv besetzten Begriffen als Kollege, Mitarbeiter, Arbeitskamerad gesehen, der Eigenverantwortung trägt und nicht mehr als Untergebener betrachtet wird.

Zerstörungen in Lohmar

Obwohl die Gemeinden des Amtes Lohmar keine hohe kriegswichtige oder strategische Bedeutung hatten, waren die Schäden durch Fliegerangriffe und Artilleriebeschuss in den letzten Wochen des Krieges doch erheblich. Das Bauamt benennt die Schäden an Häusern:

Totalgeschädigt	24
Schwerbeschädigt	59
Leichtbeschädigt	186

Die Hauptaufgabe der Bürger und der Verwaltung lag darin, die Häuser für die gestiegene Bevölkerungszahl winterfest zu machen, was bei dem Mangel an Baumaterial erheb-

Vom Bahnhof Donrath der Aggertalbahn blieb nach dem Bombardement nur noch ein Trümmerhaufen übrig. (4)

liche Schwierigkeiten bereitete. Bis zum Winter wurden im Amtsbezirk Lohmar 116 Wohnungen mit etwa 285 Räumen winterfest hergerichtet. Diese Zahlen hätten noch übertroffen werden können, wenn mehr Baustoffe zur Verfügung gestellt worden wären, aber die Baustoffindustrie hatte ihre Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Auch der Mangel an Arbeitskräften und geschulten Fachkräften machte sich sehr bemerkbar. So konnten 1945 nur sechs schwerbeschädigte Häuser wieder hergestellt werden. Auf Grund bestehender Anordnungen konnten Neubauten bzw. Aufbauten totalbeschädigter Häuser in den Monaten nach Kriegsende nicht errichtet werden. Das Bauen musste auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Im gleichen Zuge wie die Winterfestmachung von Wohnräumen wurden auch beschädigte Scheunen, Viehställe, Geräteschuppen und sonstige für die Landwirtschaft wichtigen Gebäude wieder einigermaßen hergestellt. Größere Bauvorhaben für die Landwirtschaft sollten ebenfalls zu einem späteren Zeitpunkt abgewickelt werden. Eine Reihe von Baugesuchen dieser Art lagen bereits auf dem Bauamt in Lohmar vor, waren hier auch schon geprüft und konnten zur Genehmigung durch das zuständige Bauamt des Siegkreises weitergeleitet werden.

Am Ende des Jahres 1945 zog Bürgermeister Schmidt (er nannte sich jetzt auf Anweisung der britischen Militärregierung Amtsdirektor) Bilanz über den Arbeitseinsatz im Amte Lohmar nach der Besetzung durch die amerikanischen und britischen Truppen:

Elektrizitätsversorgung

Zunächst wurde das Ortsnetz, das durch den Artilleriebeschuss stark zerstört war, instandgesetzt. Für das Ortsnetz von Lohmar standen zuvor drei Transformatoren zur Verfügung, ein 100 KVA Transformator der Gemeinde, ein 100 KVA Transformator der Fassfabrik Pfennig und ein 200 KVA Transformator der Armaturenfabrik Johann Fischer. Der eigentliche Gemeindetransformator und der der Fabrik Fischer waren erhalten geblieben. Das Transformatorenhaus der Gemeinde und der Transformator der Fassfabrik waren hingegen zerstört. Um die Stromversorgung wieder nutzen zu können, wurde der erhalten gebliebene Transformator der Gemeinde in dem Transformatorenhaus der Fassfabrik an Stelle des dortigen zerstörten Transformators aufgestellt. In der Zwischenzeit hatte der Stromlieferant RWE die Hochspannungsleitung bis Donrath, der Grenze des Gemeindebezirks, wieder hergestellt, so dass der gemeindeeigene Transformator angeschlossen werden konnte. Eine Verbindung dieser von Siegburg versorgten Leitung mit der Hochspannungsleitung im benachbarten Wahlscheid, die von Gummersbach her gespeist wurde, war nicht möglich. Allerdings plante das RWE eine Verbindungsleitung von Donrath nach Wahlscheid, die nur wenige Kilometer lang wäre, später einmal herzustellen, um eine größere Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Das stark zerstörte Ortsnetz in Lohmar wurde mit Hilfe abmontierter Leitungen und Masten aus den Flakstellungen in Lohmar und besonders in Breidt wieder instandgesetzt. Dann folgten die Reparaturen an den zerstörten Leitungen in den übrigen Gemeindebezirken, in Donrath, auf dem Heppenberg, in Inger, in Geber, Breidt und Deesem. In Deesem waren die Reparaturarbeiten zum Jahresende 1945 noch nicht abgeschlossen. Es fehlte noch eine Leitung, an die fünf Bauernhöfe angeschlossen werden sollten. Die Fachleute arbeiteten mit Nachdruck an dieser Aufgabe, da auf diesen Bauernhöfen elektrische Maschinen (z.B. Dreschmaschinen) betrieben wurden.

Die Arbeiten in den Ortschaften der Gemeindebezirke wurden zum Teil von dort vorübergehend ansässigen Elektrotechnikern ausgeführt, so in Donrath von Meister Tummes aus Köln und in Deesem von Meister Willems. Die Arbeiten in Lohmar, Inger und im Sülztal wurden von den Elektrikern Fischer und Kudla fertiggestellt unter Mithilfe des aus Köln stammenden Meister Michels.

Die Bezahlung der Elektrotechniker und der ihnen beigegebenen Arbeiter und Hilfskräfte sowie auch die bei der Wiederherstellung der Wasserleitungen und des Brückenbaus verpflichteten Arbeitskräfte erfolgte ab 6. Mai 1945 zu den früher üblichen Stundenlöhnen. Die Arbeiten der Elektrofachleute außerhalb des Ortes Lohmar gingen zu Lasten der RWE, da nach den bestehenden Stromlieferungsverträgen auch das Niederspannungsnetz in diesen Ortschaften der RWE unterstand und damit RWE auch unterhaltspflichtig war. Im Gegensatz dazu hatte der Ort Lohmar selbst ein eigenes Stromnetz, dessen Unterhaltung zu Lasten der Gemeinde ging.

Bis Anfang 1946 war bis auf einen Fall das gesamte Stromnetz im Gemeindebezirk und auch im Ort Lohmar wieder hergestellt. Die letzte Maßnahme waren die fehlen-

den Anschlüsse in der Kirchstraße, nachdem dort wegen einiger zerstörter Häuser eine neue Leitung auf Masten verlegt werden musste. Seit dem Anschluss der amtsangehörigen Gemeinden wurde die Versorgung mit elektrischem Strom und Wasser vom „Licht- und Wasserwerk“ durchgeführt. Diese Bezeichnung weist auf die hauptsächliche Nutzung des Stromes für die Beleuchtung – das Licht – hin. Dementsprechend waren auch die Leitungen nur schwach ausgelegt. Da aber das Lichtleitungsnetz besonders an den Ausgängen der Ortschaft durch vermehrte Stromabnahme der dort entstandenen Neubauten (z.B. Schmiedgasse) überlastet war, forderte der Gemeindedirektor eine Verstärkung an diesen Stellen. Im Rahmen dieser Reparaturarbeiten wurde auch der 200 KVA Transformator der Armaturenfabrik Fischer im Einverständnis mit der RWE an die Hochspannungsleitung angeschlossen, nachdem er von den Arbeitern der Gemeinde Lohmar instand gesetzt worden war.

Wasserleitungsnetz

Die Versorgung der Bürger mit einwandfreiem Trinkwasser ist eine der vordringlichsten Aufgaben einer Kommune. Für die Wasserversorgung des Ortes Lohmar stand eine eigene Wasserleitung zu einem Quellgebiet in der Nähe von Geber und eine Verbindung mit dem Wasserleitungsnetz der Rhenag in Siegburg zur Verfügung. Nach Abschluss der Kampfhandlungen war der Verbindungsstrang von Siegburg durch die Sprengung der Reichsautobahnbrücke über die Reichsstraße (heute B 484), die von den zurückflutenden deutschen Truppen zerstört worden war, unterbrochen. Die gemeindeeigene Leitung von Geber durch das Jabachtal fiel wegen Verschlammung ebenfalls zum größten Teil für die Wasserversorgung aus. Sie lieferte nur 800 cbm im Monat, bei voller Leistung 2.500 cbm. Außerdem war das Rohrleitungsnetz im Ort an vielen Stellen durch Artilleriebeschuss zerstört, so dass die Bürger mehrere Wochen ganz ohne Wasser leben mussten.

Nach Behebung der Schäden war die Wasserversorgung aber immer noch

Die Quellfassung der Lohmarer Wasserverorgung unterhalb von Salgert. (5)

nicht gewährleistet, da die eigene Leitung wegen Verschlammung und des zu geringen Querschnittes (80 mm) nicht in der Lage war, den Bedarf an Wasser zu decken. Nur die im Tal liegenden Wohnungen hatten zeitweise Wasser. Die Rohrleitungen wurden nun gereinigt mit dem Erfolg, dass der Wasserdruck stärker wurde, ohne dass jedoch die höher liegenden Wohnungen Wasser bekamen. Vor dem Krieg hatte der Bedarf an Wasser bei etwa 3.500 cbm im Monat gelegen. Durch die vermehrte Einwohnerzahl war er aber entsprechend gestiegen. Bisher war das Defizit an Wasser durch die Siegburger Leitung gedeckt worden. Aus diesem Grund wurde der schwierige Versuch unternommen, diese Leitung unter den Trümmern der Brücke freizulegen und zu flicken. Es gelang auch, drei Bruchstellen wieder auszubessern, so dass nun der Vorkriegsstand in der Wasserlieferung wieder hergestellt werden konnte. Der Druck war jedoch immer noch unzureichend, denn zur Zeit der Leistungsspitzen, insbesondere an Samstagen (Badetag) fehlte es in den höher gelegenen Wohnungen des Ortes immer noch an Wasser. Die Verbindungsleitung nach Siegburg hatte zwar einen Durchmesser von 125 mm, jedoch sank der Druck bei starker Entnahme in Lohmar sehr erheblich.

Für die Wasserlieferungen von Siegburg bestand ein Vertrag mit der Rhenag, die das Wasser zum Preise von 0,06 RM für einen Kubikmeter lieferte. Die Bezahlung der Reparaturarbeiten erfolgte zum alten Tarif aus der Kriegszeit. Vorher wurden derartige Arbeiten bei Bedarf durch Mitarbeiter des Bauhofes freiwillig von der Gemeinde bzw. im Rahmen des allgemeinen Einsatzes durchgeführt.

In Lohmar sah die Verwaltung nur eine Lösung für ihr Wasserproblem, nämlich eine zweite, stärkere Leitung im Jabachtal zu verlegen und neue Quellgebiete zu erschließen. Geld- und Materialmangel zwangen aber die Verwaltung zum damaligen Zeitpunkt, diese Lösung zu verschieben.

Brückenbau

Kaum eine Brücke im Lande blieb unversehrt, als sich die deutschen Truppen vor den Amerikanern zurückzogen. Durch Sprengung der Brückenbauwerke sollte der Vormarsch der Feinde verzögert werden. Als erste Maßnahme des Wiederaufbaus in Lohmar wurde ein behelfsmäßiger Steg in Donrath, etwa 300 Meter flussaufwärts von der alten gesprengten Steinbrücke, erbaut. Unter Verwendung von Pontons des unmittelbar an der neuen

Diesen Holzsteg über die Agger in Donrath sprengte die deutsche Wehrmacht bei ihrem Rückzug im April 1945, um den Vormarsch der Feinde zu verzögern. (6)

Brückenauffahrt wohnenden Herrn Kreuzer wurde die Grundlage gelegt. Über die Pontons wurde Holz verlegt, das die Amerikaner für diesen provisorischen Brückenbau bei der Firma Fischer (früher Schwamborn) beschlagnahmt hatten. Dieser neue Steg war nur für Fußgänger, Radfahrer sowie kleinere Leiterwagen und dergleichen zugelassen. Da die Pontons nicht genügend Tragfähigkeit besaßen, senkte sich die Brücke bei Belastung bis auf den Grund des Flussbettes und wurde teilweise überspült. Das geschah auch immer dann, wenn Kraftfahrzeuge und schwere Bauernwagen die Brücke verbotenerweise benutzten.

Dieser Notsteg überstand das nächste Aggerhochwasser aber nicht und wurde eingezogen. Danach wurde ein neuer sachgemäßer Steg (gerammt und hochwasserfrei) gebaut, dessen Ausführung die Firma Jean Dunkel übernahm.

Schon im Sommer 1945 wurde geplant, zunächst die alte Steinbrücke über die Agger durch ein Holzgerüst provisorisch wieder herzustellen. Wegen der hohen Kosten, die besonders durch das Aufbauen der Pfeiler für diese Brücke zu erwarten waren und auf insgesamt etwa 20.000 RM veranschlagt wurden, wurde dieser Plan zunächst nicht verwirklicht.

Billiger sollte es werden durch den Bau einer Holzbrücke auf Pfeilern neben dem provisorischen Steg. Der Plan war so weit fertig und auch das Holz im Staatsforst geschlagen und zum Teil an die Brückenbaustelle gefahren. Baumeister Dunkel war mit der Errichtung der Brücke beauftragt. Da überlegte es sich die Militärbehörde und untersagte den Bau. Seitdem lagen die Arbeiten dort still.

Zur gleichen Zeit wie der Brückenbau in Donrath wurde der Brückenbau über die Agger nach Altenrath in Angriff genommen. Diese Brücke war besonders dringlich für die in Lohmar ansässigen Bauern, die in Altenrath ausgedehnte Äcker zu bestellen hatten sowie für den Holztransport der Sägewerke. Die Ausführung der Bauarbeiten erhielt der Bauunternehmer Weyer mit einem Zimmermann und mehreren Hilfskräften. Zunächst arbeitete die Firma ohne Bezahlung und nach dem 6. Mai 1945 gegen Bezahlung nach dem damals noch gültigen Tarif aus der Kriegszeit.

Ein Hochwasser der Agger im Sommer 1945 schwemmte den provisorischen Holzsteg über den Fluss hinweg. (7)

Eine fertige Rampe aus Holz, die auf dem Bahnhof Lohmar lagerte und Eigentum eines Bürgers aus Donrath war, stand zur Verfügung. Der Eigentümer hatte sich mit der Demontage einverstanden erklärt gegen die Verpflichtung der Gemeinde, ihm später eine neue Rampe für die Sandabfuhr zur Verfügung zu stellen oder die Herstellungskosten in Höhe von 650 RM zu vergüten.

Das übrige fehlende Holz, insbesondere für die Holzpfosten, wurde im Staatsforst Altenrath geschlagen. Im Herbst 1945 war die eigentliche Brücke fertiggestellt. Es fehlte noch die Herrichtung der Zufahrtswege, die wegen der erforderlichen Erdarbeiten mehr Aufwand verursachten, – es gab kaum Maschineneinsatz – als die Brücke selbst, denn es musste auf dem Sandboden noch eine Packlage aufgebracht werden.

Die Pfeiler der Brücke waren vorerst nicht im Flussbett befestigt, sondern stützten sich nur auf den Boden. Daher mussten sie noch verankert werden. Die Brücke war verhältnismäßig leicht gebaut worden und somit nicht für den großen Fahrzeugverkehr zugelassen. Die Höchstbelastung durfte drei Tonnen nicht übersteigen. Ein Schild wies darauf hin: „Benutzung für Fahrzeuge über 3 Tonnen Gesamtgewicht verboten.“ Die Kosten der Brücke beliefen sich auf etwa 2.000 RM.

Die feste Straßenbrücke über die Agger in das Sülztal wurde im Frühjahr 1945 von deutschen Soldaten zerstört. (8)

Auch diese Brücke wurde durch Hochwasser beschädigt und musste neu gebaut werden. Es sollte eine gerammte und hochwasserfreie Holzbrücke mit einem Fahrdamm werden. Der Bau wurde nach der Fertigstellung des Notsteges in Donrath in Angriff genommen. Das Holz für die Errichtung des Steges in Donrath und der Brücke nach Altenrath wurde aus dem Bestand genommen, der vorgesehen war für den Neubau der steinernen Straßenbrücke über die Agger ins Sülztal. Das Holz konnte freigegeben werden, da man nach den Beratungen mit dem Kreisbauamt zu dem Entschluss kam, diese Brücke nicht provisorisch aus Holz, sondern aus Eisen zu bauen. Die Gemeinde Lohmar beauftragte Ende 1945 eine Brückenbaufirma, Konstruktionszeichnungen und Kostenvoranschläge in Lohmar einzureichen. Die überschläglichen Kosten wurden auf rund 30.000 RM veranschlagt. Die Verhandlungen mit der Brückenbaufirma waren so weit gediehen, dass man Ende 1945 absehen konnte, bald mit den Vorarbeiten beginnen zu können.

Diese Planungsarbeiten hatten die Fachleute in der Amtsverwaltung von Lohmar auf die Idee gebracht, bei einer Besserung der wirtschaftlichen Lage auch die Verbindungsbrücke zwischen Lohmar und Altenrath in der gleichen massiven Weise zu bauen. An die Wiederherstellung der Autobahnbrücke über die heutige B 484 war vorläufig noch nicht zu denken.

Das Hochwasser, das die beiden hölzernen Brücken in Lohmar und Donrath zerstört hatte, hatte auch größere Schäden an Wohnhäusern in Donrath angerichtet. Die Bauverwaltung lehnte eine Entschädigung der Betroffenen ab, erklärte sich aber bereit, die Schäden aufzunehmen. Angesichts der eklatanten Wohnungsnot sollte den Hausbesitzern möglichst schnell geholfen werden.

Beseitigung von Waffen, Munition und Sprengstoff

Überall in den Gemeinden des Amtes Lohmar lagen die Überbleibsel der deutschen wie auch der amerikanischen Truppen herum und bedeuteten eine große Gefahr für die Zivilisten, insbesondere der Kinder und Jugendlichen. Zunächst wurden die in Lohmar beim ehemaligen Ortsgruppenleiter aufgefundenen Panzerfäuste, Handgranaten, Tellerminen, Sprengkapseln und dergleichen sichergestellt und zusammen mit der auf dem Bürgermeisteramt gesammelten Munition in einen Bombentrichter an der Reichsbahn in Höhe des Hauses Kurscheid versenkt. Man fand auch eine Kiste mit entschärften Sprengstoffen – 1 kg und 3 kg Ladungen, die aber nicht vergraben wurde. Man wollte auf den Inhalt für Sprengungen bei Aufräumungsarbeiten im Ort zurückgreifen. Da die Militärs aber jeglichen Besitz von Sprengstoffen verboten hatten, mussten auch diese Sprengstoffe durch Vergraben beseitigt werden.

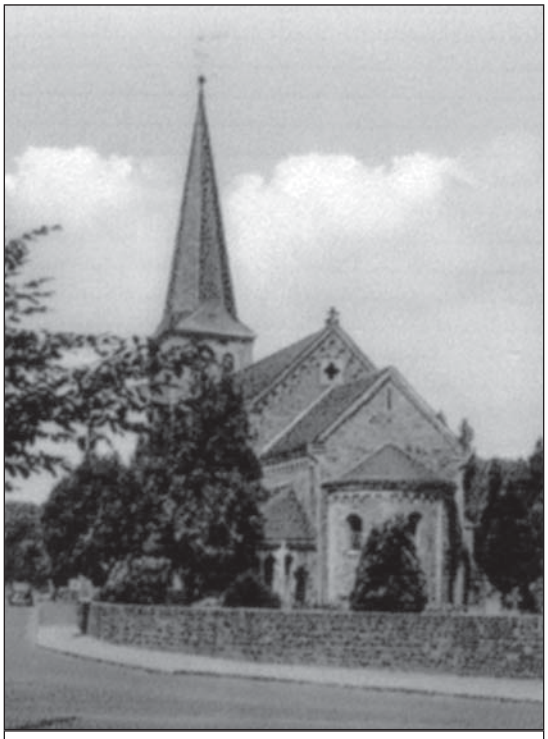
Die Gemeindeverwaltung rief die Bürger auf, Lagerstätten von Kriegsmaterial zu benennen. Im Amtsbezirk Lohmar befanden sich zahlreiche Sprengstofflager, insbesondere in den Flakstellungen Altenrath, Deesem, Schiffahrt, Kreuznaaf, Meigerhof und Inger. Ferner lag im Lohmarer Wald eine große Menge von Artilleriemunition. Es handelte sich dabei insgesamt um Massen, die bis Jahresende nicht beseitigt werden konnten. Mit dieser gefährlichen Aufgabe waren Heinrich Boddenberg und Albert Piller beauftragt. Angesichts der riesigen Mengen von Sprengmitteln sah der Gemeindedirektor diese Aufgabe als zu schwer an für seine Gemeinde und suchte Hilfe beim britischen Militär, die manche Stücke vielleicht noch verwenden konnten. Beim Suchen von Sprengladungen entdeckte man auch eine Ladung am Postamt, das auch für eine Sprengung beim Rückzug vorgesehen war. Dies war zum Glück unterblieben. Fachleute beseitigten die Ladung am öffentlichen Gebäude und entschärften sie.

Wiederinstandsetzung von öffentlichen Gebäuden, Kirche, Schule

Die katholische Kirche hatte im Artilleriebeschuss im Turm einen Volltreffer erhalten und war nicht mehr zu nutzen. Die amerikanische Militärregierung ordnete an, dass die Schäden baldigst ausgebessert werden sollten, um das kirchliche Leben wieder anlaufen zu lassen. Kleinere Schäden hatte die Schule davongetragen, die auch auf Anordnung der Sieger durch die Gemeinde Lohmar behoben werden mussten, denn der Schulunterricht sollte möglichst bald wieder aufgenommen werden.

Blick auf Lohmar. Rechts die 1945 gesprengte Brücke über die Autobahn ist wieder erbaut. (9)

Große Schwierigkeiten bereitete die Beheizung der Klassenzimmer in der alten und neuen Schule. Die in den Klassen aufgestellten Öfen waren durchgerostet, so dass der Brennmaterialverbrauch ungewöhnlich hoch war. Die eigentliche Heiztemperatur war so unterschiedlich, dass es bei Beginn des Unterrichtes in den Klassen empfindlich kalt war und erst bei Ende aber eine Überheizung erreicht wurde, so dass man Fenster und Türen öffnen musste. Deshalb wurden Überlegungen bei der Verwaltung angestellt, statt der dauernden Reparaturen an den alten Öfen eine Zentralheizung einzubauen. Die voraussichtlichen Baukosten hatte man mit etwa 2.500 RM ermittelt. Auch dieses Projekt musste man aber auf spätere Zeiten verlegen.



Der Turm der katholischen Kirche in Lohmar hatte in den letzten Kriegstagen einen Volltreffer erhalten. (10)

Die vordringlichste Aufgabe bei der Reparatur der alten Schule war die Dacheindeckung, die sich im katastrophalen Zustand befand, weil es überall reinregnete. Die Schulverwaltung schlug eine komplette Neueindeckung vor und auch den Ersatz der defekten Dachrinnen und Abfallrohre.

Die heruntergekommene Außenabortanlage sollte nach den Wünschen der Gemeinde auch erneuert werden. Hier stand eine Erneuerung der Abortsitze und Aborttöpfe sowie der Urinieranlage mit den Schamwänden an.

Das bei der Schule gelegene Spritzenhaus sollte nach Ansicht der Verwaltung entfernt werden, um dort zwei Räume mit einem Zugang zur Schule zu errichten. Ein Raum sollte als Lehrmittelzimmer und der andere als Konferenzraum dienen. An Kosten wurden etwa 1.800 RM errechnet. Aber auch hier musste man sich mit dem Bau auf spätere Zeiten vertrösten.

Trafo-Haus: Das aufragende Transformatorenhaus für die Versorgung der Lohmarer Bevölkerung war in den letzten Kriegstagen durch Artilleriebeschuss so schwer beschädigt worden, dass die Reste einzustürzen drohten. Für ein halbwegs normales Leben der Bürger war elektrischer Strom und damit eine Erneuerung das Baues dringend erforderlich. Die Herstellungspläne sollten Anfang 1946 angefertigt werden. Zudem musste ein neuer Standort gesucht werden. Die Baukosten einschließlich aller Nebenkosten sollten sich auf etwa 1.200 RM belaufen.

Die Vikarie der Kirchengemeinde: Auch an diesem Gebäude hatte der Beschuss im März und April 1945 erhebliche Schäden angerichtet. Die vorhandenen Überreste wie Grundmauern und Dachstuhl waren der Witterung ausgesetzt. Nach Meinung der Bauverwaltung war eine schnelle Wiederherrichtung des Gebäudes dringend erforderlich, damit in den Räumlichkeiten wieder Versammlungen stattfinden konnten. Mit dem Wiederaufbau sei der katholischen Kirchengemeinde sicherlich ein großer Dienst erwiesen.

So ähnlich sah das zerstörte Transformatorenhaus für den Ort Lohmar aus. (11)

Am bestehenden **Friedhof** waren die Schäden durch Kriegseinwirkung unerheblich. Trotzdem sah die Gemeinde Lohmar zusammen mit der Kirchengemeinde die Notwendigkeit, eine neue Gestaltung des Gottesackers vorzunehmen. Eine neue Anordnung der Gräber sollte vorgenommen und als Abschluss parallel zur Autobahn eine Hecke angepflanzt werden. Ein Übersichtsplan sollte bald erstellt werden. Noch aber fehlte das Geld für die Veränderungen.

Überall in Lohmar waren die Schäden durch die Kampfhandlungen zu sehen, aber bis zum Jahresende 1945 ruhten die Wiederaufbauarbeiten oder gingen nur äußerst schleppend vonstatten, da das Baumaterial und die Facharbeiter fehlten. Am ärgsten betroffen war die Ortschaft Deesem. Hier waren zahlreiche Scheunen und Bauernhäuser abgebrannt und eingestürzt. Der Grund dieser schweren Zerstörungen lag darin, dass in Deesem Flakstellungen eingerichtet waren, die von den amerikanischen Truppen unter besonderen Beschuss genommen worden waren.

Für die in allen Ortsteilen Lohmars beschädigten Dächer fehlten etwa 6.000 bis 7.000 Dachpfannen. Etwa 20.000 Schwemmsteine waren erforderlich, um die Beseitigung der Schäden an vielen Häusern und Scheunen vornehmen zu können. Die wichtigsten Schwemmsteinfabriken lagen im Raum Neuwied in der streng abgeriegelten französischen Zone, denen zudem der zur Herstellung der Schwemmsteine erforderliche Zement fehlte. Außerdem mangelte es für den Transport auch an zivilen Lastkraftwagen, alles Folgen einer strikten Kriegswirtschaft.

Mit Nachdruck versuchte die Militärregierung, die Schulen im Amt Lohmar wieder einzurichten. Hier die Oberklasse der Volksschule Birk mit dem Hauptlehrer Richard Busch in der Nachkriegszeit. (12)

Ein Schandfleck im Zentrum von Lohmar waren die Schuttmassen am Hause Schnitzler an der Ecke Hauptstraße / Kirchstraße. Im Winter 1945/1946 wartete man auf eine günstigere Wetterlage, um die Trümmer abzufahren. Sie sollten Verwendung finden als Packlage bei der Ausbesserung der Alten Lohmarer Straße.

Wunsch der Militärregierung war es, die noch bestehenden Scheinwerferstellungen zu beseitigen und einige, bei den Kampfhandlungen zerstörte Panzer wegzuräumen. Außerdem sollten die in Lohmar und den übrigen Amtsgemeinden vorhandenen Lauf- und Schützengräben eingeebnet werden.

Erneuerung von Straßen und öffentlichen Wegen

Schon vor dem Krieg waren die Straßen, insbesondere die Nebenstraßen, in einem schlechten Zustand, da der befestigte Ausbau wie heute vorgeschrieben, noch nicht üblich war. Nur die Hauptstraßen hatten einen Asphaltbelag oder eine Kopfsteinpflasterung. Ansonsten gab man sich mit einer Schotteraufschüttung zufrieden, die bei Trockenheit viel Straub entwickelte und nach Regenfällen viele Schlaglöcher aufwies. Das Regenwasser und manchmal auch das Schmutzwasser wurde in die Straßengräben geleitet. In den Kriegsjahren war auch in Lohmar nur wenig am schlechten Straßenzustand geändert worden. Gemeindedirektor Schmidt nannte in seinem Lagebericht zum Jahresende 1945 folgende Straßen, die eine Verbesserung nötig hatten:

Hauptstraße: Die Hauptsorge sind hier die Gehwegplatten, die zum größten Teil alle neu verlegt werden müssten. Stellenweise sind sogar keine vorhanden. Unglücksfälle könnten hierdurch leicht entstehen.

Schmiedgasse: Diese Straße müsste vollkommen neu aufgeschüttet werden, stellenweise bis zu 30 cm. Eine Packlage wäre angebracht. Die Abwässerungsgräben auf beiden Seiten der Straße müssten in Tonrohre verlegt werden.

Alte Lohmarer Straße: Hier müsste stellenweise eine ganz neue Aufschüttung erfolgen und als Oberschicht ein Koksaschenbelag aufgetragen werden.

Poststraße: Diese Straße wurde bereits etwas aufgearbeitet. Die dort seitlich lagernden Schuttmassen müssten aber noch beseitigt werden.

Kirchstraße: Die Straße, die eine Verbindungsstraße zwischen der Hauptstraße und der Reichsautobahn darstellt, befindet sich in einem katastrophalen Zustand, insbesondere am Bahnübergang. Der Schotterbelag der ganzen Straße müsste erneuert und die Schlaglöcher ausgefüllt werden.

Hermann-Löns-Straße: Ein Teil der oberen Straße ist bei Regen gänzlich unbefahrbar. Um diese Mängel zu beseitigen, wird ein Koksaschenbelag vorgeschlagen.

Verbindungswege: Eine große Anzahl der Verbindungswege sind in schlechtem Zustand, was sich besonders bei Regenwetter bemerkbar macht. Hier wird auch eine gründliche Überholung angeregt.

An manchen Straßen fehlten die Straßenbezeichnungsschilder, die aber schon in Auftrag gegeben worden waren und bald angebracht werden sollten.

Im Ort Lohmar hatte man schon 1945 an der Ecke Poststraße eine Betonbrücke über den Auelsbach errichtet, ein Geländer angebracht und die Gehwegplatten neu verlegt.

Baracken zur Unterbringung von Flüchtlingen

Auf dem Betriebsgelände der Armaturenfabrik Fischer standen Ende 1945 noch Baracken, die zur Unterbringung ausländischer Fremdarbeiter (so wurden sie damals offiziell genannt) in den Kriegsjahren

gedient hatten. Im Bauausschuss machte man sich Gedanken darüber, ob und wie diese einfachen Unterkünfte für die Unterbringung der immer größer werdenden Zahl von Flüchtlingen genutzt werden konnte. Als wichtigste Maßnahmen wurde eine Desinfizierung sämtlicher Baracken und die Überprüfung der Dichtigkeit der Dächer gesehen. In der Zeit des Leerstandes waren in den meisten Baracken die Fenster entwendet worden. Sie mussten erneuert werden genau so wie die fehlenden Schlösser und Türdrücker. Für den erforderlichen Anstrich mussten noch Arbeitskräfte verpflichtet werden. Die schwierigste Aufgabe bei der Herrichtung der Baracken war aber die Beschaffung der notwendigen Gelder.

Finanzen im Amt Lohmar

Die wichtigste Frage bei allen Planungen und beim Wiederaufbau war die der Finanzen. Im Vergleich zu heute mussten die Kommunen, insbesondere die kleinen, mit erstaunlich wenig Geld auskommen. Die Steuerkraft der Bürger war verhältnismäßig gering, dafür aber die Arbeitszeit sehr ausgedehnt. Während der letzten Kriegsmonate (März, April 1945) war die Arbeit der Finanzverwaltungen fast zum Erliegen gekommen. Nachdem die Front über das Land hinweggezogen war, fehlte zunächst die lenkende Hand, um das Finanzwesen wieder zu beleben. Erst nachdem die Militärregierung die kleinen Verwaltungen in den Kommunen wieder eingerichtet hatte, konnten auch die Finanzverwaltungen wieder eröffnet werden.

Das Amt Lohmar hatte am Ende des Kalenderjahres 1945 einen Bestand von etwa 36.000 RM vorzuweisen. Diese Summe erklärt sich aus dem Überschuss von etwa 35.000 RM, der aus dem Rechnungsjahr 1944 übernommen wurde. Der Bestand brauchte nicht angegriffen zu werden, da ein Teil der Gehälter an die wegen ihrer politischen Vergangenheit entlassenen Bediensteten nicht ausgezahlt werden musste. Eine geringe Summe war durch den Verkauf von Baracken an die Firma Dunkel und den Verkauf eines Radioapparates an das Gefangenenlager in Sinzig hereingekommen.

Die **Gemeinde Altenrath** wies am Ende des Jahres 1945 einen Bestand von etwa 6.000 RM auf, der wie beim Amt auch vom Jahre 1944 übernommen worden war. Man sah voraus, dass sich dieser Bestand bald verringern werde, da Reparaturen an der Schule anstanden und man auch mit erhöhten Fürsorgeausgaben rechnete.

Bei der **Gemeinde Breidt** stand die Kasse im Minus. Man rechnete mit einem Fehlbedarf von etwa 1.000 RM, falls keine größeren Ausgaben zu erwarten waren.

Die **Gemeinde Halberg** schloss im Rechnungsjahr 1945 voraussichtlich mit einem Kassenbestand von etwa 1.000 RM ab.

Auch bei der **Gemeinde Inger** wurde ein Fehlbetrag in Höhe von etwa 20.000 RM errechnet. Diese Summe lag schon mehrere Jahre zurück und war hauptsächlich durch den Wegebau der Strecke Inger – Franzhäuschen entstanden.

Auch die **Gemeinde Lohmar** stellte einen Fehlbetrag von etwa 29.000 RM zum Ende des Kalenderjahres 1945 fest. Der Grund lag darin, dass die Gemeinde umfangreiche Reparaturen an der Schule durchführen musste. Außerdem hatten sich die Ausgaben für Wegebau und Fürsorge erhöht. Für ein Behelfsheim der früheren NSDAP wurde ein Betrag von 3.400 RM an die Firma Schüler in Siegburg gezahlt. Ein beträchtlicher Teil des Fehlbetrages leitete sich außerdem aus zwangsläufigen Ausgaben her: Stellenbeiträge zur Landesschulkasse, Amtsumlagen, Fortfall der Schlüsselzuweisungen und der Gewerbe- und Bürgersteuerzuweisungen.

Die **Gemeinde Scheiderhöhe** schloss auch mit einem Fehlbetrag in Höhe von etwa 17.300 RM am Ende des Kalenderjahres 1945 ab. Er bestand schon seit mehreren Jahren und war durch den Ausbau der Straße Pützerath – Schönrath entstanden.

Die Kassengeschäfte der einzelnen Gemeinden wurden durch die Amtskasse Lohmar abgewickelt. Trotz der Fehlbeträge war die Amtskasse einigermaßen zahlungsfähig geblieben, weil ein Vorschuss von 125.000 RM von der Preußischen Regierungskasse für Kriegsschäden zum Teil mitverwirtschaftet worden war. Man sah aber, dass sich die Finanzlage in Zukunft weiter verschlechtern würde, weil vorauszusehen war, dass alle bereits genannten Zuweisungen seitens des Finanzamtes vorerst fortfallen würden.

Auch die den Gemeinden zustehenden Steuern der Bürger (Haushaltsjahr vom 1.4.1945 bis 31.3.1946) waren in der trostlosen Zeit nach Kriegsende nur teilweise eingegangen. Für die einzelnen Gemeinden ergab sich folgendes Bild:

Gemeinde	**Steuersoll** In RM	**Einnahmen** (bis 20.2.1946)	**Reste**
Altenrath wurde nicht aufgeführt!			
Breidt	10.266,04	8.183,56	2.082,48
Halberg	12.321,93	11.178,95	1.142,98
Inger	19.292,29	18.346,33	945,96
Lohmar	33.227,12	29.386,67	3.840,45
Scheiderhöhe	2.868,79	22.334,70	534,09
Insgesamt	**97.976,17**	**89.430,21**	**8.545,96**

Damit waren 8,72 Prozent der Gesamtsteuerlast bis zum 20.2.1946 noch nicht eingegangen. Noch im Februar 1946 sollte mit der Zwangseintreibung bei den Säumigen begonnen werden. Man rechnete aber damit, dass auch bis zum Jahresende eine Steuerschuld von 3-4 Prozent verbleiben würde, da die Anschriften derjenigen Steuerzahlern, die auswärts wohnten, zu dieser Zweit nicht zu ermitteln waren. Von 50 Einziehungsersuchen an das Städtische Einziehungsamt in Köln kamen 42 zurück, weil die Steuerzahler nicht mehr dort wohnten.

Zusammenfassend ergab sich folgendes Bild:

	Bestand	Vorschuss
Amt Lohmar	ca. 36.000	--------
Gemeinde Altenrath	ca. 6.000	--------
Gemeinde Breidt	--------	--------
Gemeinde Halberg	ca. 1.000	--------
Gemeinde Inger	--------	20.000
Gemeinde Lohmar	--------	29.000
Gemeinde Scheiderhöhe	--------	17.300
Insgesamt	RM 43.000	RM 66.300

Defizit RM 23.800

Hinzu kommt noch die zu erwartende von den einzelnen Gemeinden zu zahlende Kreisumlage:

Gemeinde Altenrath	ca. RM 320.00
Gemeinde Breidt	3.100,00
Gemeinde Halberg	4.300,00
Gemeinde Inger	4.470,00
Gemeinde Lohmar	25.000,00
Gemeinde Scheiderhöhe	5.000,00
Insgesamt	42.190,00
Zuzüglich des Defizits	23.800,00
Fehlbetrag	65.990,00 RM

Angesichts dieser deprimierenden Finanzlage in den Gemeinden des Amtes Lohmar waren sowohl der Verwaltung wie den Beratenden Ausschüssen und später auch den Gemeinderäten die Handlungsmöglichkeiten arg beschränkt.

Wohnungsamt

Das Wohnungsamt gehörte zu einer der am meisten nachgefragten Abteilung der Lohmarer Verwaltung. Wohnraum war knapp bemessen und deshalb bewirtschaftet. Schon im Krieg waren Ausgebombte aus den Großstädten in den Raum Lohmar – Wahlscheid eingewiesen worden. Nach Kriegsende kamen dann Flüchtlinge und Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten hinzu.

Nach dem zum Jahresende 1945 aufgestellten Verwaltungsbericht standen an Wohnhäusern (ohne Berücksichtigung des Bauzustandes) zur Verfügung:

Gemeinde Altenrath	129
Gemeinde Breidt	116
Gemeinde Halberg	113
Gemeinde Inger	132
Gemeinde Lohmar	274
Gemeinde Scheiderhöhe	124
Insgesamt	**888**

Die Wohnraumfläche belief sich auf insgesamt 47.817 Quadratmeter. Bei der damaligen Einwohnerzahl von 5.966 Personen entfielen durchschnittlich 8,01 Quadratmeter auf jede Person.

Flüchtlingsunterbringung

Nach einer Verfügung des Landrates in Siegburg von Anfang 1946 sollte der Siegkreis 20.000 Menschen aus der französischen Zone, 10.000 Personen aus der russischen Zone einschließlich entlassener Soldaten, die dort beheimatet waren sowie 8.000 Eisenbahner mit ihren Angehörigen aus der russischen Zone aufnehmen und unterbringen, insgesamt also 38.000 Menschen. In den beiden ersten Monaten des Jahres 1946 waren fünf Transporte in den Siegkreis eingewiesen worden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Unterbringung der Neubürger keine größeren Schwierigkeiten verursacht. Man hatte bis jetzt die Hilfe der Polizei, wie in anderen Orten vorgekommen, nicht in Anspruch nehmen müssen.

Nach Lohmar waren 275 Flüchtlingen eingewiesen worden, die wie folgt auf die Gemeinden verteilt wurden:

Altenrath	27
Breidt	52
Halberg	48
Inger	66
Lohmar	24
Scheiderhöhe	58
Insgesamt	**275**

Die Gemeindebürgermeister hatten gemeldet, dass in ihren Gemeinden nur noch ganz geringe Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden seien. Es seien alle irgendwie nur nutzbar zu machende Räume schon in Anspruch genommen worden, um die zugewiesenen 275 Personen unterzubringen. Angesichts dieses Flüchtlingsstromes müsse notgedrungen mit größeren Schwierigkeiten gerechnet werden. Es werde nicht zu umgehen sein, dass der Ort Lohmar mit einer größeren Zahl von Flüchtlingen belegt werde oder eine Unterbringung in Massenquartieren erforderlich werde. Aber nicht nur die Frage der Unterbringung bereite erhebliche Probleme, sondern auch die Nahrungsversorgung sei von großer Wichtigkeit. Wenn die Zahl der Flüchtlinge weiter ansteige, müssten die Haushalte noch mehr zusammenrücken und auch Zwangsmaßnahmen müssten in Erwägung gezogen werden.

Ernährungs- und Wirtschaftsamt

Schon seit der Kriegszeit waren in allen Kommunen Ernährungs- und Wirtschaftsämter eingerichtet worden, die für die Bevölkerung die Ernährung sicherten und organisierten. Nach der Niederlage hatte sich die Ernährungssituation für die Bevölkerung drastisch verschlechtert. Die Militärregierungen hatten in ihren jeweiligen Besatzungszonen jetzt die Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung. Im zerstörten Deutschland konnten nicht mehr genügend Lebensmittel erzeugt und vielfach auch nicht transportiert werden. Die Landwirte standen sich aber jetzt besser als die übrige Bevölkerung, da sie sich zum größten Teil durch ihren Hof ernähren konnten.

Von den 5966 Einwohnern im Amtsbezirk Lohmar waren

Normalverbraucher 4307 Personen
Teilselbstversorger in Butter 534 Personen
Teilselbstversorger in Fleisch und Fett 208 Personen
Vollselbstversorger 885 Personen

In einer Kartenperiode von vier Wochen wurden folgende Lebensmittel unter Berücksichtigung ihres Versorgungsgrades für das Amt Lohmar benötigt:

Verbraucher	Lebensmittelart	Menge in kg
4850	Fleischwaren	2180
4500	Fett und Butter	1800
4850	Fischwaren	2180
5934	Zucker	2225
5934	Marmelade	3000
5934	Kaffee-Ersatz	1480
1150	Vollmilch	13706 Liter
5050	Nährmittel	10500
5050	Brot	50500

Unter normalen Umständen wurden diese Mengen von Großhändlern geliefert und auf Bezugschein A an 45 Kleinverteiler (Tante Emma-Läden) abgegeben, die sie an ihre festen Kunden gegen Vorlage der Lebensmittelkarte verkauften.

Die Kartoffelversorgung war äußerst prekär, denn 1600 Verbraucher im Amt Lohmar hatten keine Einkellerungskartoffeln beziehen können, obwohl die Gemüse- und Kartoffelhändler die Vorbestellscheine von den Verbrauchern eingesammelt und eine Zuteilung beim Kreisernährungsamt beantragt hatten. Es wurden aber keine Einkellerungskartoffeln von der Kreisbehörde zugeteilt. Mit Brot und Mehl wurden diese Verbraucher aber nach wie vor versorgt. Soweit Steckrüben vorhanden waren, wurden diese aufgerufen, so dass sie auf bestimmten Abschnitten der Lebensmittelkarten erworben werden konnten. In einer Periode wurden 12.800 kg Steckrüben oder 6.400 kg Kartoffel oder 2.400 kg Mehl für die normalen Verbraucher angefordert. Insgesamt wurden in Lohmar für 5.000 Bezugsberechtigte 500 Tonnen Kartoffeln benötigt. Hiervon wurden 340 Tonnen durch die hiesigen Erzeuger an die Verbraucher geliefert. Der Rest von 160 Tonnen sollte durch den Großmarkt angeliefert werden, was aber nicht geschah.

Die Pflanzkartoffeln für den Amtsbezirk waren zum größten Teil sichergestellt und sollten durch den Großhändler K. Gramlich (Bonn) geliefert werden. Für die hofkartenpflichtigen Landwirte wurden folgende Mengen an Pflanzkartoffeln für das Jahr 1946 zugesagt:

Ortsbauernschaft Halberg 620 Zentner
Ortsbauernschaft Inger 2.150 Zentner
Ortsbauernschaft Lohmar 570 Zentner
Ortsbauernschaft Scheiderhöhe 590 Zentner

Kleinanbauer sollten gesondert versorgt werden. Rund 700 Kleinanbauer, von denen die Antragsteller in Altenrath bevorzugt beliefert werden sollten, hatten ihre Bestellungen an Saatkartoffeln bei den zuständigen Händlern abgegeben. Für die Gemeinde Altenrath hatte die Firma Gramlich 400 Zentner Saatkartoffeln vorgesehen. Mit dieser Menge konnten etwa 40 Morgen Anbaufläche bepflanzt werden. Auf dem Wirtschaftsamt in Lohmar war man zuversichtlich, dass auch die übrigen Kleinanbauer ihr Saatgut erhalten würden.

Milchablieferung

Mit der Milchablieferung hatten es die Landwirte im Raum Lohmar in der Nachkriegszeit nicht so genau genommen. Zum Jahresende 1945 hatte man festgestellt, dass 60 Landwirte ihr Ablieferungssoll nicht erfüllt hatten. Nach den vorgenommenen Vernehmungen wurden etwa 30 Bauern mit empfindlichen Geldstrafen bedroht. Bei einem Bestand von etwa 900 Milchkühen mussten durchschnittlich im Monat 1.260 Hektoliter Milch an die Molkereien in Köln und Hennef abgeliefert werden.

Fahrradbereifung, Textilien und Schuhe

Das Fahrrad hatte sich schon vor dem Krieg und erst Recht während

Schlachtviehversorgung

Es war vorgeschrieben, dass jeder Landwirt entsprechend seinem Viehbestand Schlachtvieh an den Schlachtmarkt anzuliefern hatte. Hierzu galten folgende Richtlinien:

Viehhalter mit
1 Stück Rindvieh haben jährlich 50 kg Schlachtvieh (Lebendgewicht)
2 Stück Rindvieh haben jährlich 110 kg Schlachtvieh
3 Stück Rindvieh haben jährlich 180 kg Schlachtvieh
4 Stück Rindvieh haben jährlich 250 kg Schlachtvieh
an den Markt abzuliefern.

Für jedes weitere gehaltene Stück Rindvieh waren 70 kg hinzuzurechnen. Die Anlieferung sollte zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 1946 erfolgen. Bei abgelieferten Schweinen wurde das doppelte Gewicht in Anrechnung gebracht. Bei Herdbuchzuchtbetrieben wurde das Ablieferungssoll um 30 Prozent herabgesetzt. Wöchentlich sollten im Amtsbezirk Lohmar 1.614 kg Fleisch abgeliefert werden. Die Ortsvertrauensmänner der Landwirtschaft wurden verpflichtet, vorzuschlagen, welche Bauern zur Schlachtviehabgabe herangezogen werden sollten. Danach erhielt jeder Landwirt von der Amtsverwaltung einen Umlagebescheid über sein Ablieferungssoll. Dafür mussten etwa 800 Umlagebescheide ausgestellt werden.

des Krieges zum wichtigsten Verkehrsmittel für die Bevölkerung entwickelt. 90 Prozent der hiesigen Bewohner bestanden aus Arbeitern, die bei auswärtigen Firmen beschäftigt waren und das Fahrrad als einziges zuverlässiges Verkehrsmittel besaßen.

Für Kinderschuhe lagen zum Jahresende 1945 etwa 1.200 Anträge auf Bezugsscheine vor, aber nur 19 konnten für das erste Quartal 1946 zugesagt werden. Diese katastrophale Situation war dadurch entstanden, dass Kinder schnell aus ihren Schuhen herauswuchsen und oft lange Wege zu den Schulen zu Fuß zurücklegen mussten. Die Mengen, die vom Landeswirtschaftsamt in Düsseldorf dem Kreiswirtschaftsamt in Siegburg zugeteilt waren, reichten noch nicht einmal aus, einen Amtsbezirk wie Lohmar zu versorgen. Die Zahl der vorliegenden Anträge war gegenüber der Nachfrage allerdings sehr gering, da nur in ganz dringenden Fällen ein Antrag angenommen wurde. Im Amt Lohmar rechnete man damit, dass sich die Versorgungsschwierigkeiten noch weiter verschlechtern sollten.

Bäckereien 50 Prozent vom Mehlumsatz	25 Tonnen
Schuhmacher, Schneider und Metzger	6 Tonnen
Sonstiges Kleingewerbe	3 Tonnen
Ärzte und dergleichen	5 Tonnen
Zwei Kinderheime, ein Schwesternheim	8 Tonnen
Schulen und Behörden	10 Tonnen
	----------
zusammen	**57 Tonnen**
Privatverbraucher	50 Tonnen

Anforderung insgesamt	**107 Tonnen**

Anträge liegen vor:		**Bewilligt für das 1. Quartal 1946**
Fahrradbereifung	200-250 Stück	30 Reifen, 13 Schläuche
Kinderschuhe	100 Stück	19 Paar
Frauenschuhe	50 Stück	12 Paar
Arbeitsschuhe	70 Stück	10 Paar
Herren Taghemden	60 Stück	5 Stück
Blaue Köper Arbeitsanzüge	50 Stück	4 Stück
Herren-Anzüge	60-65 Stück	3 Stück

Hausbrandversorgung

Die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Hausbrand war sehr schwierig, da nur geringe Mengen für den Privatverbrauch von der Militärregierung freigegeben wurden. Ein Haushalt durfte im Monat nur 50 Pfund Brikett verbrauchen. Bei rund 2.000 Haushaltungen im Amtsbezirk konnten somit nur 50 Tonnen Brikett für den Privatverbrauch zur Verfügung gestellt werden.

Bevorzugt wurden die Gewerbebetriebe und Institutionen die Brikett verfeuerten:

Weiterer Hausbrand wurde in Form von Brennholz gewährt. Für die ca. 2.000 Einwohner der Gemeinde Lohmar konnten 1945 bis 1.000 Raummeter zur Verfügung gestellt werden. Diese Menge reichte nach Ansicht des Amtes theoretisch zur Versorgung der Bevölkerung mit durchschnittlich einem Raummeter im Jahr aus. Der wirkliche Bedarf wurde aber nach den auf dem Wirtschaftsamt vorliegenden Anträgen auf rund 2.000 Raummeter berechnet. Dazu kam noch der Bedarf der Flüchtlinge hinzu. Nach einer schriftlichen Mitteilung des Forstbeamten durfte diese Menge aber nicht mehr aus dem Gemeindewald entnommen werden. Darum sei es unverantwortlich, dass aus den reichlich vorhandenen Waldbeständen eines Grafen sowie aus den benachbarten Waldungen des Schießplatzes Wahner Heide für die hiesige Bevölkerung kein Holz entnommen werden durfte. Der Siegburger Bevölkerung wurde dagegen 1.000 Raummeter Brennholz aus den Waldungen des Grafen durch das Forstamt Siegburg zugewiesen. Die Holzversorgung der Gemeinden Breidt, Halberg, Inger und Scheiderhöhe ließen auch zu wünschen übrig, vermerkte das Wirtschaftsamt Lohmar. Es gebe keine Handhabe, die Privatwaldbesitzer zur Abgabe von Brennholz zu zwingen. Es sei vom Amt alles Mögliche unternommen worden, die Holzversorgung zu sichern, aber es scheiterte immer wieder an der Nichtzuweisung des Forstamtes Siegburg. Viele Bürger beschafften sich einen zu bezahlenden Raffholzschein beim Forstamt Siegburg, um im Lohmarer Wald nach herumliegenden Ästen Ausschau zu halten. Wenn das Sammeln bei den vielen Interessenten wenig Erfolg zeigte, wurde auch mancher schwache Baum gefällt und mit einem „Heuwägelchen“ nach Hause transportiert. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass der Förster nur ganz selten die Ladungen kontrollierte und oft nicht nur ein Auge zudrückte.

Fahrbereitschaft

Genau so schwierig wie die Beschaffung des Lebensnotwendigen war der Transport dieser Güter. Im Krieg waren fast alle privaten Lastwagen beschlagnahmt und der Wehrmacht zur Verfügung gestellt worden. Nur wenige LKW mit Holzvergaserversorgung blieben im Besitz von Fuhrunternehmen, die kriegswichtige Güter und Lebensmittel beförderten. Ansonsten wurde der Transport im Warenverkehr mit Pferdefuhrwerken bewerkstelligt. In unserem Raum beförderten in erster Linie schwere Kaltblutpferde oder aber Ponygespanne die Güter.

Verwaltet wurden die Fahrzeuge von den sogenannten Fahrbereitschaften in den Kommunen. Im Amt Lohmar waren Ende 1945 26 Kraftfahrzeuge zugelassen: 11 Lastkraftwagen, 5 Traktoren, 7 Personenwagen und 3 Motorräder. Hiervon waren drei Lastkraftwagen und drei Traktoren für Speditionen zugelassen. Zwei Traktoren waren seit längerer Zeit in Reparatur, weil es keine Ersatzteile gab.

Bei der am Boden liegenden Wirtschaft war die Nachfrage nach

Transportfahrzeugen verhältnismäßig gering, so dass die zur Verfügung stehenden Fahrzeuge der Nachfrage gerecht wurden. Die Brennstoffversorgung für die Fahrzeuge oblag ebenfalls der Fahrbereitschaft. Für den halben Monat wurden folgende Mengen bereitgestellt:

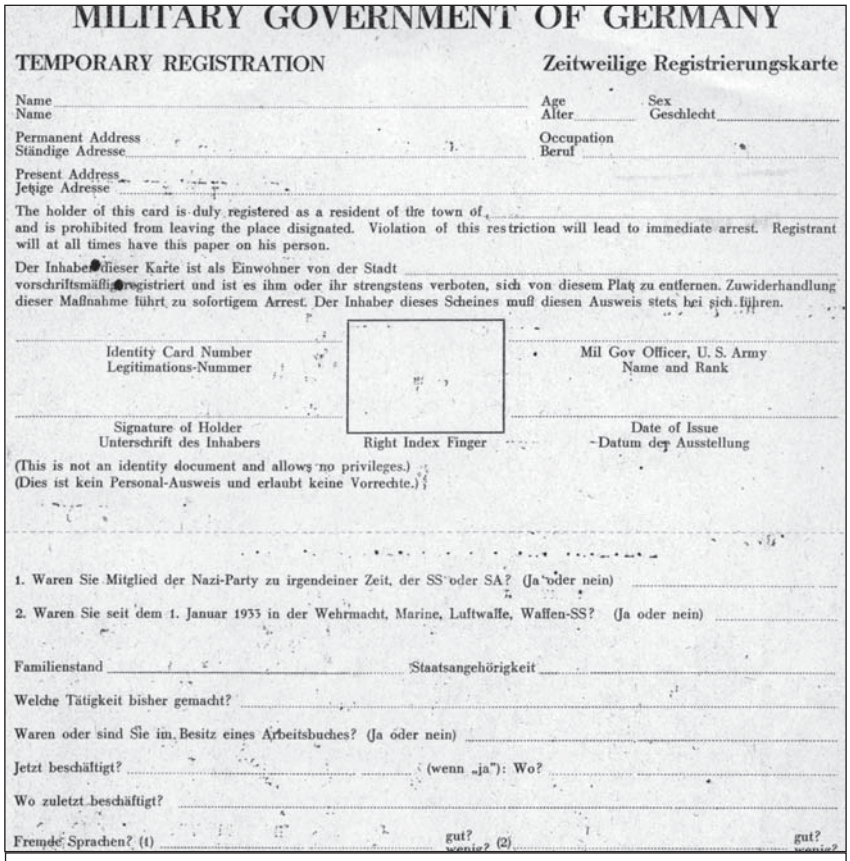
Benzin	520 Liter
Dieselöl	720 kg
Motorenöl	100 Liter
Generatorenbrikett	1.000 kg

Tankholzgutscheine waren bisher noch nicht eingeführt worden. Die Beschaffung von Tankholz – in erster Linie Buchenholz – bereitete den Spediteuren Schallenberg und Schönenborn große Schwierigkeiten. Falls der Spediteur Brinkmann täglich eingesetzt würde, reichte die Benzinzuteilung nicht aus.

Die Neuzulassung von Fahrzeugen verlief nur sehr schleppend. Zehn Anträge aus dem Amt Lohmar lagen schon seit Oktober und November 1945 bei der Kreisverwaltung in Siegburg vor. Zwei Kraftfahrzeuge waren vom Kreis zugelassen worden, ohne das Amt Lohmar davon zu informieren, wurde kritisch vermerkt. Generatorfahrzeuge hatten gegenüber Benzinfahrzeugen Vorrang bei der Zulassung.

Wohlfahrtsamt

Das Wohlfahrtsamt war in früherer Zeit das Amt bei den Kommunen, das heute Sozialamt genannt wird und für die Menschen zuständig war, die nicht für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen konnten. Das Amt Lohmar hatte Ende 1945 einen Fürsorgeaufwand für Sozialrentner, Kleinrentner, sonstige Hilfsbedürftige, Pflegekinder und politisch Geschädigte von 20.600 RM im Monat. Diese Kosten wurden zu 50 Prozent vom Kreis erstattet. In diesem gesamten Fürsorgeaufwand sind 16.000 RM laufende Unterstützung enthalten. Die restlichen Kosten verteilen sich auf Barleistungen, Sachleistungen, offene und geschlossene Krankenfürsorge. Der Fürsorgeaufwand hatte sich von Beginn des Rechnungsjahres 1945/1946 von 34 Parteien bis zum Ende des Jahres auf 41 erhöht. Dieser Anstieg war teilweise auf die Neubesiedlung von Altenrath zurückzuführen.



MILITARY GOVERNMENT OF GERMANY

TEMPORARY REGISTRATION — Zeitweilige Registrierungskarte

Name / Name — Age / Alter — Sex / Geschlecht

Permanent Address / Ständige Adresse — Occupation / Beruf

Present Address / Jetzige Adresse

The holder of this card is duly registered as a resident of the town of _____ and is prohibited from leaving the place disignated. Violation of this restriction will lead to immediate arrest. Registrant will at all times have this paper on his person.

Der Inhaber dieser Karte ist als Einwohner von der Stadt _____ vorschriftsmäßig registriert und ist es ihm oder ihr strengstens verboten, sich von diesem Platz zu entfernen. Zuwiderhandlung dieser Maßnahme führt zu sofortigem Arrest. Der Inhaber dieses Scheines muß diesen Ausweis stets bei sich führen.

Identity Card Number / Legitimations-Nummer

Mil Gov Officer, U. S. Army / Name and Rank

Signature of Holder / Unterschrift des Inhabers

Right Index Finger

Date of Issue / Datum der Ausstellung

(This is not an identity document and allows no privileges.)
(Dies ist kein Personal-Ausweis und erlaubt keine Vorrechte.)

1. Waren Sie Mitglied der Nazi-Party zu irgendeiner Zeit, der SS oder SA? (Ja oder nein)

2. Waren Sie seit dem 1. Januar 1933 in der Wehrmacht, Marine, Luftwaffe, Waffen-SS? (Ja oder nein)

Familienstand _____ Staatsangehörigkeit _____

Welche Tätigkeit bisher gemacht?

Waren oder sind Sie im Besitz eines Arbeitsbuches? (Ja oder nein)

Jetzt beschäftigt? _____ (wenn „ja"): Wo?

Wo zuletzt beschäftigt?

Fremde Sprachen? (1) _____ gut? wenig? (2) _____ gut? wenig?

Die britische Militärregierung verpflichtete die Amtsverwaltung, eine zeitweilige Registrierungskarte für die Bürger auszustellen, die von dem zuständigen Offizier abgezeichnet wurde. Die Fragen zu persönlichen Daten erlaubte der Militärregierung einen kleinen Einblick in die politische Vergangenheit der Antragsteller. (13)

Für die Zukunft rechnete man mit einem erheblichen Anstieg der Fürsorgelasten, der in erster Linie mit dem Zuzug von Flüchtlingen und Rückgeführten zu erklären war. Die Betreuung dieses Personenkreises war Ende 1945 den Ämtern und Gemeinden übertragen worden, die die Unterstützung nach den Sätzen der Gehobenen Fürsorge durchzuführen hatten. Mit 15 Prozent mussten die hierdurch entstehenden Kosten aus Gemeindemitteln aufgebracht werden. Da zum Jahresende erst ein Teil der für das Amt Lohmar vorgesehenen Flüchtlinge und Rückgeführte eingetroffen war, rechnete man damit, dass die hierfür aufzuwendenden Kosten sich in den nächsten Monaten noch erheblich steigern würden.

Schlussbemerkung

Die hier aufgeführten Vorgänge und Feststellungen bezogen sich auf einen Zeitraum von etwa 10 Monaten nach Kriegsende (Mai 1945) Bei der Lösung der Probleme wirkten die benannten Politiker in den Beratenden Ausschüssen und der Gemeindevertretung bzw. Amtsvertretung mit, die von der Militärregierung berufen wurden. Die erste freie Kommunalwahl am 15. September 1946 berief Parteienvertreter in die Parlamente und Ausschüsse, die ohne Einwirkung der Militärregierung ihre Aufgaben erfüllten. Es dauerte aber noch Jahre, bis die Verwaltung und die Kommunalpolitiker den riesigen Berg der Aufgaben abgetragen hatten, denn sie verwalteten in diesen schwierigen Zeiten nur die Not, die auch erst Jahre nach der Währungsreform (1948) langsam behoben wurde.

Leider gibt es aus dieser Zeit kaum Bildmaterial, da die meisten Bürger nicht im Besitz einer Kamera und Filme kaum zu beschaffen waren. Sollte einer der Leser doch Fotografien aus der Nachkriegszeit besitzen, so wären wir sehr dankbar, wenn sie uns zur Vervielfältigung zur Verfügung gestellt werden könnten.

Quellen:

Archiv der Stadt Lohmar Akten Nr. Slg A 53, Slg A 54x, II 1110, II 1111, II 1213

Pekrun, Richard, Das Deutsche Wort, Georg Dollheimer Verlag, Leipzig

Bilder: Martin Klein (4, 6, 7, 8), Hans Warning (3, 5, 11, 12), Stadtarchiv Lohmar (1, 2, 9, 10, 13)